

Bezirksamtsvorlage

- zur Beschlussfassung –

-

für die Sitzung am Dienstag, dem 15.12.2015

1. Gegenstand des Antrages:

Vermeidung der Nutzung der Schulsporthallen als Notunterkünfte

2. Berichterstatter:

Bezirksstadtrat Gerhard Hanke

3. Beschlussentwurf:

Es werden keine Schulsporthallen für den Zweck Notunterkunft für Flüchtlinge gemeldet, angeboten oder herausgegeben.

4. Begründung:

Aufgrund des Schreibens des „Beauftragten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge“ ist eine Reaktion des Bezirks notwendig, denn die unmittelbar den öffentlichen Schulen zugeordneten Sport-, Turn- und Gymnastikhallen werden vollumfänglich für den täglichen Sportbetrieb sowohl schulisch als auch vereins-sportlich benötigt und genutzt. Eine Schließung würde einem geordneten Schulbetrieb –und auch dem Vereinssportbetrieb– insbesondere im Winterhalbjahr entgegenstehen und kaum auf Verständnis der Betroffenen stoßen. Zur Sicherung des sozialen Friedens und aufgrund der Tatsache, dass im Bezirk bereits eine große Zahl von Notunterkünften bereitgestellt worden sind, sollte der Beschluss gefasst werden.

5. Rechtsgrundlagen:

Schulgesetz und Sportförderungsgesetz

6. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Ggf. müssen Gebühren für VHS-Kurse, die ebenfalls in einigen Hallen angeboten werden, zurück erstattet werden (Einnahmeverluste).

7. Mitzeichnungen

Hanke
Bezirksstadtrat